Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementspreis mit der tägl. Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst und Frauen- und Jugendzeitung einschließl. Bringerlohn monatlich 80 Pf. durch die Post bezogen vierteljährl. M. 2.75, unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn M. 3—. Erscheint tägl. mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Gr. Zwingerstraße 14, II. Tel. 5465. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Expedition: Gr. Zwingerstraße 14. Tel. 1769. Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Inserate werden die 6gespaltene Petitzeile mit 25 Pf. berechnet, bei mehrmaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt. Vereinsanzeigen 20 Pf. Inserate müssen bis spätestens ½10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im voraus zu bezahlen. — Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Nr. 41. Dresden, Sonnabend den 19. Februar 1910. 21. Jahrg.

Im Kampf ums Wahlrecht.

Neue Polizeikämpfe in Frankfurt a. M.

Donnerstag abend fanden fünf Protestversammlungen in Frankfurt a. M. statt, die sich mit den Ausschreitungen der Polizeiexzesse am vorigen Sonntag beschäftigten. In den Versammlungen wurden Resolutionen angenommen, in denen die Anwesenden erklären, daß das Recht auf die Straße dem Volke gewahrt werden muß. Weiter wurde die Stadtverordnetenversammlung aufgefordert, daß sie sich dem Protest der Bürgerschaft anschließen und gegen die Hergabe städtischer Einrichtungen zu polizeilichen Verwahrung einlegen soll.

Sämtliche Versammlungen sind ruhig verlaufen. In allen Versammlungen wurden die Teilnehmer am Schluß aufgefordert, ruhig nach Hause zu gehen, um jeden Zusammenstoß mit der Polizei zu vermeiden. Auch Donnerstag wieder große Vorkehrungen getroffen hatte. Trotzdem gab es mehrere Zusammenstöße in verschiedenen Stadtteilen. Besonders scharf ging es vor dem Polizeiamt auf der Neuen Zeil und in der Pfarrgasse her. Dabei wurde ein Schutzmann namens Kaminski durch einen Stich mit einem dreikantigen Stilett so schwer verletzt, daß er wahrscheinlich sterben wird; aber auch mehrere gänzlich unbeteiligte Personen. Ein aus Nürnberg zugereister Kaufmann namens Scheindel wurde mit einem schweren Lungenschuß in das Heiligen-Geist-Hospital eingeliefert. Wahrscheinlich wird er sterben. Ein Passant, dem ein Tiefschuß aus einem Browning den einen Oberschenkel und die Wade des anderen Beines durchbohrt hatte, wurde zunächst in ein Quartier getragen und dann in seine Wohnung transportiert. Mehrere Leute wurden durch Säbelhieb schwer verletzt. Einem Manne aus Hanau wurde der Unterkopf gespalten. Ferner gab es noch eine Attacke in der Aller-Heiligen-Straße. Dort soll ein Packer auf die Polizei geschossen haben. Er verfehlte aber sein Ziel, worauf mehrere Schutzleute nacheilten, es gab eine wüste Hetzjagd. In dem Boden eines Hauses wurde der Packer dann von Schutzleuten niedergeschlagen. In anderen Stadtteilen sollen Schutzleute mit Steinwürfen bedacht worden sein, doch fehlen darüber noch genaue Angaben.

Hierzu wird uns noch weiter, in Ergänzung unserer gestrigen Telegramme, aus Frankfurt a. M. gemeldet: Im ganzen wurden Personen bei den Straßendemonstrationen am Donnerstag verletzt, darunter der Reisende Köhler, ein Postassistent namens Schäfer, der zum Nachtdienst gehen wollte und mit der Demonstration gar nichts zu tun hatte; ferner ein Invalide, der gleichfalls Köhler heißt. Er wurde auf der Straße von Schutzleuten niedergeschlagen. Ein Polizeiwachtmann mit roten Haaren rief: „Ob Invalide oder nicht, nur drauf!“ Der Mann erhielt einen Schuß ins Bein, einen Säbelhieb im Nacken und einen Schuß durch beide Beine. Eine Frau wurde zu Boden geworfen, Schutzleute hieben auf sie ein. Die Frau hat 15 Striemen am Rücken. Die Rettungswache war beinahe die ganze Nacht tätig, um Verletzte zu verbinden. Die Wohnung des Oberpräsidiums war die ganze Nacht von fünf Schutzleuten bewacht. Die Schutzleute, die auf der Straße standen, bedrängten die Passanten fortwährend durch Rufe „Weitergehen“ usw. In der Stadt herrscht ungeheure Aufregung, auch auf bürgerlicher Seite. Die Nachricht der Polizei, die Verletzten seien zweifelhafte Elemente, Zuhälter u. dergl. gewesen, trifft nicht zu. Es waren viele Bürger verletzt, die teils vom Nachtdienst kamen, teils zum Nachtdienst gingen, Beamte usw.

•

Ein telegraphischer Bericht des Berliner Tageblatts schildert die Frankfurter Vorkommnisse noch weit schlimmer, doch scheint es, als ob der Berichterstatter in der ersten Hitze des Gefechtes starke Uebertreibungen geübt sind. Das Blatt berichtet:

„Die Anzahl der Verletzungen ist bedeutend größer, als man ursprünglich annahm. So wurden allein von Donnerstagwachen fünfzig Personen behandelt, von denen sieben schwere, zum Teil lebensgefährliche Verletzungen davontrugen und sofort in das Krankenhaus übergeführt werden mußten. Im ganzen hat man mindestens mit 200 bis 300 Verletzungen zu rechnen. Die meisten kommen es aus begreiflichen Gründen vor, Privatärzte aufzusuchen. Zwanzig Schutzleute und mehrere Kommissare wurden durch Messerstiche, Schüsse, Stockhiebe und Steinwürfe mehr oder weniger verwundet.

Kurz nach zwei Uhr nachts fanden die Hauptdemonstrationen ihr Ende, nachdem die Polizei bei ihrem letzten scharfen Vorstoß mit blanken Säbeln die Straße gesäubert hatte. Auch bei dieser Gelegenheit wurden mehrere Verwundete. Von Mitternacht an hatte man den bestimmten Eindruck, als ob die Menge, aus deren Mitte bis gegen zwei Uhr immer noch vereinzelt Schüsse fielen, sich nicht aus sozialdemokratischen Demonstranten und Neugierigen zusammensetzte, sondern daß sie ausschließlich aus gewissen Elementen der Altstadt bestand, die die günstige Gelegenheit benutzten, um sich an den Polizeibeamten zu rächen. Charakteristisch ist, daß das Ziel für Obdachlose, das sonst die Nacht bis zum letzten Platz belegt ist, in dieser Nacht nur sieben Gäste zählte.

Um ½2 Uhr kam es noch zu einem ernsten Zusammenstoß in der Fahrgasse. Die Schutzleute wurden dort mit einem Steinregen empfangen und mußten mit blanken Säbeln die Straße säubern. In den Taschen der bei dieser Gelegenheit Verhafteten fand man durchweg Steine und meist offenstehende Messer. Nach 2 Uhr wurde es relativ ruhig und es kam nur noch zu kleineren Zusammenstößen. Ein verstärkter Sicherheitsdienst aber wurde die ganze Nacht hindurch aufrechterhalten.“ (Das klingt alles sehr nach tendenziöser Polizeiberichterstattung! D. Red.)

Verbotener Straßenumzug.

Die Frankfurter Parteileitung hatte beim Polizeipräsidium die Erlaubnis zur Veranstaltung eines Wahlrechtsumzuges für nächsten Sonntag nachmittag vom Hohenzollernplatz über Kaiserstraße bis Alter-Heiligen-Tor nachgesucht. Sie hatte sich erboten, durch 500 Ordner Sorge dafür zu tragen, daß nicht die geringste Gefahr für die öffentliche Sicherheit aus der Kundgebung entstehe. Das Polizeipräsidium, gezeichnet Scherenberg, hat jedoch Freitag vormittag unserer Parteileitung mitgeteilt, daß es die Genehmigung zu dem Aufzuge versage. Zur Begründung führt sie an:

„Die mit dem Zuge verbundenen Massenansammlungen lassen bei den bekannten Demonstrationszwecken desselben nach den bisherigen Vorkommnissen und schweren Ausschreitungen seitens der Demonstrationsteilnehmer Gefahren für die Allgemeinheit befürchten, so daß schon im Interesse der Sicherheit des an der Veranstaltung nicht beteiligten Straßenpublikums das Verbot des Zuges erforderlich ist.“

Die Frankfurter Volksstimme schreibt dazu:

„Im Interesse der Sicherheit des nicht beteiligten Publikums! Im Interesse dieser Leute müßten in Frankfurt unter dem jetzigen Regiment ganz andere Leute Zügel angelegt bekommen.“

•

Frankfurt a. M., 19. Februar. (Privattelegramm.) Viel schlimmer als es nach dem ersten Berichte den Anschein hatte, verlief der Straßenkrawall in der Großen Friedberger Straße. 25 Postbeamte, die Nachtdienst hatten, wurden von Schutzleuten mit Säbelhieben traktiert. — Am Freitag morgen war die Volksstimme beständig umlagert von Leuten, die unsere Ausstellung besichtigen wollten. Im Expeditionslokal waren nämlich: Durchgehauene Hüte, eine blutige Unterhose eines Schwerverletzten und dergl. ausgestellt. Die Staatsanwaltschaft beauftragte jedoch den Kriminalkommissar Dr. Neubert, diese Gegenstände abzuholen. Gleichzeitig teilte uns die Staatsanwaltschaft noch mit, daß sie keinerlei Ausstellungen mehr in unserem Expeditionslokale zulassen werde. Vor dem Lokal der Volksstimme steht jetzt ein Schutzmanns-Doppelposten.

Die Antwort auf das Blutbad in Halle.

In Halle haben am Donnerstag zwei imposante Massenversammlungen stattgefunden, in denen die Hallesche Arbeiterschaft ihren flammenden Protest gegen die Polizeiaktion vom vorigen Sonntag erhob. Mehr als 10 000 Menschen, darunter viele Bürgerliche, nahmen an der Demonstration teil. Das Volksbad war nicht geräumig genug, um die Menschenmassen aufzunehmen. In den beiden Versammlungen wurde einstimmig eine Resolution angenommen, die eine vernichtende Kritik an der Polizei von Halle und an der Wahlrechtsvorlage übte. Nach Schluß der Versammlungen zogen die Teilnehmer mitten durch die Stadt, ohne daß irgendwelche Zusammenstöße erfolgten. Von der Partei waren Ordner gestellt. Die Polizei hatte umfassende Maßnahmen getroffen, verhielt sich jedoch zurückhaltend; auch Militär war wieder marschbereit. Das Rathaus wurde von einem Zug Infanterie bewacht, der jedoch nicht in Aktion trat. Die Demonstration hinterließ einen mächtigen Eindruck.

•

Neumünster.

Neumünster, 18. Februar. Aus Anlaß der heutigen Sitzung der Stadtkollegien, in der die sozialdemokratische Interpellation wegen der Straßenunruhen am Sonntag zur Verhandlung steht, werden, wie die Kieler Neuesten Nachrichten erfahren, erneut große Menschenansammlungen befürchtet. Die Polizei macht bekannt, daß die Exekutivbeamten mit Armeerevolvern ausgerüstet (!) sind, und warnt die Einwohnerschaft unter Hinweis auf das Strafgesetzbuch (Aufruhr und Auflauf), sich nicht an Straßenansammlungen zu beteiligen. Den Wirten ist mitgeteilt worden, daß am Sonntag keine Tanzmusiken stattfinden dürfen, falls sich heute abend irgendwelche Ruhestörungen ereignen sollten.

•

Ein Polizeileutnant und zehn Mann!

Eine Oldenburglade und Polizeiblamage.

Die Berliner Stadtverordnetenversammlung beschloß, wie wir gestern schon kurz meldeten, am Donnerstag abend den Magistrat zu ersuchen, in einer an das Abgeordnetenhaus zu richtenden Petition für eine entsprechende Aenderung des Wahlrechtsvorlage einzutreten, weil 1. durch Beibehaltung der Klassenwahlsystems gerade in der Stadt Berlin eine höchst ungleichmäßige und ungerechtfertigte Verschiedenheit des Wahlrechts auch für die Zukunft sich ergeben muß; 2. durch Beibehaltung der Wahlkreiseinteilung die Stadt Berlin im Verhältnis zur Gesamtzahl der Landtagsabgeordneten durch eine völlig unzureichende Zahl von Abgeordneten auch in Zukunft vertreten sein wird; 3. bei den besonderen Berliner Verhältnissen eine freie und unabhängige Ausübung des Wahlrechts, ungerührt durch unzulässige Beeinflussung und durch die die Wahlfreiheit gefährdenden Bedrohungen der wirtschaftlichen Existenz nur durch Einführung der geheimen Stimmabgabe gesichert erscheint.

Bei der Besprechung des Antrages teilte der Stadtverordnete Genosse Borgmann mit, daß in einem sonst um diese Zeit verschlossenen Korridor des Rathauses ein Polizeileutnant mit zehn Mann Posto gefaßt habe. Der Oberbürgermeister Kirschner gab zu dieser Sache die folgende Erklärung ab:

„Wenn ich Herrn Borgmann recht verstanden habe, wünschte er vom Magistrat eine Antwort, ob der Magistrat ein Schutzmannskommando für diese Sitzung requiriert habe. Davon kann ganz und gar keine Rede sein. Die Ordnung in diesem Saale liegt dem Vorsteher ob, für ein Schutzmannskommando ist hier kein Platz. (Bravo!) Ich bin heute früh von dem Vorsteher des Polizeireviers, zu dem das Rathaus gehört, angefragt worden, ob dieser Gegenstand heute hier erörtert würde. Die Polizei glaube damit rechnen zu müssen, daß der Gegenstand eine größere Menschenmenge heranlocken werde. (Heiterkeit.) Ich habe geantwortet, daß ich letzteres durchaus nicht glaube. Als ich auf dem Wege in diesen Saal war, habe ich gehört, daß ein Schutzmannskommando in einem Korridor Aufstellung genommen hat. Ich habe Veranlassung genommen, das Kommando aufzufordern, das Rathaus zu verlassen, da kein Anlaß für ein Verweilen vorliegt. Diesem Ersuchen ist entsprochen worden.“

Der Polizeipräsident v. Jagow, der noch am letzten Sonntag so stramm und schneidig Neugierige mit Waffengebrauch erschreckte, scheint etwas eingeschüchtert worden zu sein. Die Ablehnung seiner Polizeitruppe im Rathaus ist ihm wohl recht peinlich und er sieht ein, daß er zurückweichen muß. Er hat verfügt, daß hinfort städtische Gebäude nicht mit Polizeimannschaften belegt werden sollen.

Noch mehr: In einer Unterredung mit einem Mitarbeiter des Berl. Tagebl. ließ sich Herr v. Jagow den Satz entschlüpfen: „Ueber Straßendemonstrationen kann man ja verschiedener Ansicht sein.“

Herr v. Jagow scheint demnach nicht mehr so ganz von der Ueberzeugung durchdrungen zu sein, daß Straßendemonstrationen das Produkt hetzerischer Umtriebe sind und am besten durch blutdürstige Drohungen mit Waffengebrauch verhindert werden. Ja, ja, in bewegten Zeiten lernt sich manches schneller als mancher glaubt!

Das Recht auf die Straße für Studenten.

In Marburg zog ein Trupp von Studenten, die in einer Stärke von 1500 Mann angetreten waren, vor das Rathaus. Dort wurde ein Lied gesungen, und dann dem Bürgermeister eine Adresse der Studentenschaft überreicht, in der Protest erhoben wird gegen die geplante Errichtung einer Universität in Frankfurt a. M. Der Führer der Studenten hielt dann vom Balkon des Rathauses herab eine Ansprache, die mit einem Hoch auf die Stadt Marburg schloß.

Man sollte denken, daß das, was Studenten gestattet ist, einen Demonstrationszug durch die Straßen zu veranstalten, auf keinen Fall den deutschen Steuerzahlern verwehrt werden dürfe.

„Durch Hunger!“

Im neuesten Heft des Archivs für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik veröffentlicht Sergej Prokopowitsch Haushaltungsbudgets Petersburger Arbeiter, die von neuem ein erschütterndes Bild geben von dem furchtbaren Elend, in dem die meisten Arbeiter Rußlands leben. Prokopowitsch weist nach, daß in dem teueren Petersburg mit weniger als 600 Rubel im Jahre eine Familie auch in der denkbar ärmlichsten Weise nicht erhalten werden kann. Da aber nach offiziellen Quellen der Durchschnittslohn der Petersburger Arbeiter nur etwa 300 Rubel beträgt — nach einer Quelle beträgt der Lohn 295 bis 366, nach der andern 312 Rubel —, so hat Prokopowitsch untersucht, wie der Petersburger Arbeiter dieses Defizit ausgleicht, und er kam zu dem Resultat: „Darauf gibt es nur die einzige Antwort: Durch Hunger!“

„Durch Hunger!“ Diese Worte sollten als Inschrift an allen Palästen der Besitzenden angebracht werden, denn durch Hunger von Hunderttausenden und Millionen von Arbeitern entsteht der große Besitz einzelner. Die kapitalistische Entwicklung war in allen Ländern vom Hunger und Elend der Arbeitenden begleitet. Aber so furchtbar traurig hat sich die Lage des Proletariats wohl kaum in einem anderen Lande gestaltet, wie in dem despotischen Rußland. Die russische Revolution hatte zum ersten Male in Westeuropa die Aufmerksamkeit auf die Lage dieser Arbeiter gelenkt, deren Bekanntsein notwendig war, um viele Erscheinungen der Revolution verstehen zu können. Zweifellos hatte die Revolution die Lage der Arbeiter auch nach den verschiedensten Richtungen hin verbessert; aber nachdem die Reaktion die Organisationen wieder vernichtet hat, sind die Arbeiter wieder schutzlos der Ausbeutung ausgeliefert, und die neuesten Erhebungen zeigen, daß sich an dem Elend im allgemeinen wenig geändert hat.

Die Arbeiterbudgets in Petersburg sind von der 12. Abteilung der Technischen Gesellschaft veranstaltet worden, und die Befragten gehören im allgemeinen zu den intelligenteren und somit besser situierten Arbeitern. Nur ausnahmsweise waren Analphabeten unter ihnen, und ihr Durchschnittslohn war anderthalbmal so groß wie der Durchschnittslohn eines Petersburger Fabrikarbeiters. Die Befragten standen somit auf einem viel höheren Niveau als der Durchschnitt der Petersburger Arbeiter. Aber schon die Wohnungsverhältnisse dieser Arbeiter zeigen, wie erbärmlich, unmenschlich ihre Lebenslage ist. Von 203 alleinwohnenden Arbeitern, also solchen, die keine Familie in der Stadt haben, meistens Ledigen, „wohnten“ 45 auf einer — Pritsche, die sie für die Nacht mieten, 6 hatten gar nur eine halbe Pritsche, 82 eine erstickende Bettstelle, 38 ein halbes Zimmer und 77 ein Zimmer, 2 eine Wohnung und von 10 waren die Wohnungsverhältnisse unbekannt. Von unter diesen ledigen Arbeitern befanden sich einzelne mit 700 bis 800 und mehr Rubel Einkommen, und diese Ausnahmen sind es.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19100219/1 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG